

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis: Bei Abholung in Dresden 2,30 Mark im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 Mark, bei Postbestellung 2,70 Mark. Einzelnummern 15 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Angewandte: die 3 gepaltene Nummer 20 Goldpfennig, die 2 gepaltene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 10 Goldpfennig, die 3 gepaltene Seite im gesetzlichen Teil der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 140 - 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Mittwoch den 18. Juni 1924

Herriot in Poincares Spuren.

Von besonderer Seite wird uns zu der Aufnahme des Generals Rollet in das neue französische Kabinett und zu den letzten Erklärungen des Ministerpräsidenten Herriot in bezug auf Deutschland geschrieben:

Das die eigenartige Weise, in der Doumergue zum Präsidenten der französischen Republik gewählt wurde, gewählt wurde nämlich gegen den offiziellen Kandidaten der Linken, Painlevé, durch die Stimmen der Mitte und der Rechten, politische Folgen nach sich ziehen würde in Form einer gewissen Rücksichtnahme auf diese Rechte, war voraussehen und vorausgesagt. Aber daß diese Rücksichtnahme eine so außerordentlich starke werden würde, wie sie in der Ernennung des Generals Rollet, vor allem aber in einer programmatischen Erklärung Herriots selbst zum Ausdruck kommt, übersteigt doch den Pessimismus, den man gegenüber der angeblichen französischen „Linksverfälschung“ — soweit sie außenpolitischer Art war — haben mußte. Und beide Tatsachen, Rollets Ernennung und die Erklärung Herriots, sind nun die beiden großen Stützen, die der Rechten vorgeworfen werden und mit denen sie recht zufrieden sein kann.

Rollet — sein Name ist für uns Deutsche von fast so hohem Klang wie der Clemenceaus, wie der Poincarés. Diese beiden waren die Leiter, er das Werkzeug unserer Entwaffnung. Doch weit mehr als nur Werkzeug; er war der Anreger der demütigendsten Kontrollen, er war, um die Notwendigkeit seiner Stellung als Vorsitzender der interalliierten Militärkontrollkommission zu „beweisen“, der Entdecker, ja Erfinder angeblicher deutscher Kriegsverbrechen jeder Art. Er ersann immer neue Qualereien und Demütigungen; er ist der eigentliche Vater der letzten Entwaffnungsnote, durch die die Kontrolle verewigt werden soll. Nun ist er jetzt Kriegsminister geworden, dessen eigentliche Aufgabe es ist, für „Sicherungen“ Frankreichs Deutschland gegenüber zu „sorgen“. Er wird ja dafür sorgen, ebenso wie sein Vorgänger Lefèvre und Maginot, die ohne jedes Bedenken die Fällungen eines Anspruchs über Deutschlands Kriegsverbrechen der französischen Kammer vortrugen.

Herriot hat in einer Erklärung, die der „Matin“ veröffentlicht hat, die Bedeutung der Ernennung des Herrn Rollet unterstrichen. Denn Deutschland sei im Begriff, eine ähnliche Operation zu vollziehen wie nach dem Frieden von Tilsit im Jahre 1806. Es instruierte seine Jugend auf einer breiten Grundlage für den Militärdienst, und zwar vor allem durch das Mittel der angeblichen Turnvereine. Vielleicht gibt Herriot einem Vorschlage Rollets statt, zu jeder Turnstunde der deutschen Turnerschaft besondere Kontrolloffiziere zu kommandieren; da würden sich zahlreiche neue hochbegabte Stellen für solche schaffen lassen. Abgesehen hat man im Rheinland und dem Saargebiet die Stabübungen und das Reutenschwingen verboten. Vielleicht kommt für das unbefestigte Gebiet eine neue Note der Entente, die es auch für dort verbietet.

Ganz deutlich aber wird Herriot, wenn er in seiner Erklärung sagt, daß er der deutschen „Reaktion“ und den deutschen „Nationalisten“ gegenüber eine „unerbittliche Strenge“ an den Tag legen werde; der deutsche Nationalismus werde „hier jemand finden, mit dem er zu rechnen haben werde“. Weil Herriot nämlich nicht nur die Rechte Frankreichs zu wahren habe, sondern die Rechte der Demokratie in der ganzen Welt. Man werde deshalb alles tun, um der jungen deutschen Demokratie zu helfen. Das ist eine unerhörte Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse. Die nationalstille Presse in Paris ist von dieser Erklärung höchst befriedigt. Herriot habe den Beweis gegeben, daß er die Militärpolitik Poincarés Deutschland gegenüber fortzusetzen werde, daß er somit den Wünschen der Rechtsopposition im weitestgehenden Punkte entgegengekommen sei.

Nach dieser Einleitung werden wir also der kommenden Regierungserklärung Herriots sehr vorsichtig gegenüberstehen, die sich für eine Aufnahme — Deutschlands in den Völkerbund aussprechen und das Sachverständigen Gutachten anerkennen will. Aber er wird auch erklären, daß er erst nach vollständiger Durchführung dieser Vorschläge die Ruhr räumen werde, daß ferner die Militärkontrolle in Deutschland fortgesetzt und vor allem für die „Sicherungen“ Frankreichs und für einen künftigen Garantievertrag alles nur Denkbare getan werden soll.

Staat oder Wirtschaft?

Nach vorheriger Fühlungnahme und im Auftrage der Reichsregierung haben dieser Tage die Industrieführer Böglers, Altdörner und andere mit der Reichsregierung in Düsseldorf über die Verlängerung des Abbaus der Ricumverträge verhandelt. Die Reichsregierung ist aber auch ihrerseits in Paris und Brüssel vorstellig gewesen und hat die weitere Durchführung der Ricumverträge in der bisherigen Weise für untragbar und unmöglich erklärt. Damit nimmt die Reichsregierung das Best, das ihr freierzeit von den rheinischen Schwerindustriellen und den französisch-belgischen Ricumvertretern entziffen wurde, wieder selbst in die Hand. Dem ungelunden und unhaltbaren Zustand, daß Frankreich und Belgien auf eigene Faust eine Reparationsprovinz schaffen und über den Kopf des Reiches hinweg mit den

Herriot beim deutschen Botschafter.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)

Paris, 17. Juni. Herriot hat sich gestern gegen 5 Uhr zu dem deutschen Botschafter, Herrn v. Doehbi, begeben. Er hat mit diesem eine einstündige Besprechung gehabt. Nach dem Besuch bei Herrn v. Doehbi hat sich Herriot wieder in das Ministerium des Äußeren begeben. Es verlautet nichts über den Inhalt der Besprechung. Die deutsche Botschaft erklärte selbstverständlich, sich über die Fragen der Besprechung nicht äußern zu können. Es ist das erste Mal, daß ein französischer Ministerpräsident seit dem Kriege der deutschen Botschaft einen Besuch abgestattet hat.

Herriot für Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

New York, 17. Juni. Herriot erklärte dem Pariser Vertreter des „New York World“, die internationale Politik, deren Mittelpunkt der Völkerbund ist, müsse der Passivität und Resignation entleitet und aktiv gestaltet werden. Der Völkerbund müsse die Offensive ergreifen. Der Frieden könne aber nicht gegen oder ohne den Völkerbund gemacht werden. Darum müsse Deutschland an der Lösung der Reparationsfrage interessiert und beteiligt werden. Darum trete ich für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und in den Völkerbundsrat ein. Es ist erstwünschlich, daß nicht früher erklart ist, welcher großer moralischer Erfolg Deutschlands Aufnahme ist. Die künftige Politik Deutschlands hängt viel mehr als man glaubt von der Politik der Alliierten, besonders von Frankreich und England ab. Ein modus vivendi zwischen Deutschland und Frankreich ist hier erwünschlich.

St. Aulaire bei Macdonald.

Paris, 17. Juni. Der französische Botschafter in London, St. Aulaire, hat heute morgen Macdonald einen Besuch abgestattet und sich mit ihm längere Zeit über die schwebenden Probleme unterhalten, welche auf der Konferenz zwischen Herriot und Macdonald am kommenden Sonntag zur Sprache kommen sollen. Der französische Gesandte hat um 2 Uhr London bereits verlassen und wird im Laufe des Abends in Paris einreisen, wo er vielleicht noch im Laufe des Abends Besprechungen mit Herriot haben wird, um ihn über die mit Macdonald gepflogene Unterredung zu informieren.

Barthou will Präsident der Repho bleiben.

Paris, 17. Juni. Der Präsident der Reparationskommission dementiert formell, daß er für den Posten des Generalgouverneurs von Marokko vorgesehen sei und demnächst den Gouverneur Aupiais auf dem Posten des Generalgouverneurs von Marokko ablösen würde. Barthou erklärte den ihn besuchenden Journalisten, daß er gewillt sei, die Präsidentschaft der Reparationskommission zu behalten. Ich bin Präsident der Reparationskommission, so erklärte er, und werde es bleiben. Ich wurde auf diesen Posten auf Wunsch der Kommission berufen und die Reparationskommission ist ein internationaler Gerichtshof.

Neue Sanktionen.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)
Essen, 17. Juni. Wegen eines Ueberfalls auf einen französischen Kriminalbeamten wurde die Streda Dornmund-Luene für den Personenverkehr gesperrt. Es verkehrt nur noch je ein Arbeiterzug morgens und abends. Der Tag der Wiederaufnahme des Betriebes ist noch nicht angegeben worden. Es handelt sich hier um einen Mordversuch, der in der Nacht vom Montag zum Dienstag der vorigen Woche verübt worden sein soll. Die Stadt Luene hat 1000 Goldmark für die Festnahme des Täters ausgezahlt.

Wirtschaftsführern verhandeln und diese zu verantwortlichen Trägern der gesamten deutschen Reparationsverpflichtungen machen, ist so schnell wie möglich ein Ende zu bereiten.

Es ist überaus begrüßenswert, daß die Industrieführer selbst diesen Wunsch äußern und ihren ganzen Einfluß ausbieten, um die Ricumverträge zu beseitigen. Weitere Industrieführer waren nach dem Zusammenbruch des alten Staates der Ansicht, daß der Wirtschaft der Vorrang über den Staat und über die Politik gebühre. Man konnte diese Auffassung verstehen.

Der rechtsstehende sächsische Oberfinanzrat Dr. Bang ist sogar der Ansicht, daß die deutsche Wirtschaft noch Ende 1918 wirklich in unerschütterter Kraft dastand. Vor einigen Monaten schrieb er sogar wörtlich in der Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände „Der Arbeitgeber“:

„Daß die Wirtschaft, entgegen der Parteilüge von der Uebernahme einer bankrotten Erbschaft, Krieg und Umsturz derart überstand, daß sie in voller Gesundheit und Unversehrtheit dastand und daß den Feinden zur Erreichung ihres Kriegesplanes nichts anderes übrig blieb, als den Frieden mit dem unerhörtesten Wirtschaftskrieg einzuleiten, den es je gegeben hat, ist an sich ein Wunder, das dem Ingenium der deutschen Unternehmer größte Hochachtung zollt und in der ungeahnten

Neue Befugungstruppen am Rhein.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)

Duisburg, 17. Juni. Die „Abein- und Ruhr-Zeitung“ meldet: In Oberhausen, Trier und Kreuznach sind am Sonnabend etwa 1500 neue französische und belgische Truppen eingetroffen. In Essen wurden für den 30. Juni für 93 neue Beamte der Befugungsintendantur Wohnungen in Schulen und Privathäusern angefordert.

Aus der Haft entlassen.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)
Mainz, 17. Juni. Die wegen des Mainzer Eisenbahnprojektes zu langen Gefängnisstrafen Verurteilten, die teilweise 5 und 8 Jahre Gefängnis erhalten haben, sind begnadigt und entlassen worden, nachdem sie ein Jahr verbüßt haben. Es besteht begründete Hoffnung, daß weitere Amnestien bevorstehen.

Einstein Mitglied des Völkerbundsrates.

Genf, 17. Juni. Der Völkerbund ernannte heute zum Mitglied der Kommission für internationale geistige Zusammenarbeit den bekannten Professor Einstein.

Schiedspruch im Bergbau.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)
Essen, 17. Juni. In dem Streit über die Gehaltshöhe der kaufmännischen Angestellten im Bergbau zwischen dem Zechenverband und dem Zentralverband deutscher Angestellten-gewerkschaften, dem Verband kaufmännischer und Grubenbeamten, dem Gewerkschaftsbund der Angestellten und dem Zentralverband der Angestellten ist heute die auf Antrag gebildete Schiedskommission zusammengetreten. Es kam folgender Schieds-spruch zustande: 1. Die sozialen Zulagen und sonstigen Vergütungen bleiben in letzter Höhe bestehen. 2. Die Gehälter der kaufmännischen Beamten werden vom 1. Juni ab im Durchschnitt um 10 Prozent in der Weise erhöht, daß den Beamten eine Leistungszulage von 5 bis 15 Prozent gewährt wird, wobei die wirtschaftlichen Verhältnisse der Zechen mit berücksichtigt werden sollen. Die Erklärungsfrist läuft bis 19. Juni d. J.

Demokratischer Parteitag in Regensburg.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)
München, 17. Juni. Die Demokratische Deutsche Landpartei tagte in Regensburg nahm eine Entschliessung an, die sich für eine demokratische Aufbaubarkeit im Dienste der deutschen Republik ausspricht, der Entschliessung der Reichsregierung begrüßt in der wirtschaftlichen Besserung Deutschlands weiterzugehen und ihre Befriedigung darüber ausspricht, daß die Aufrollung der Kriegsschuldfrage nach dem Abschluß der deutschen Altentwerfentlichung bevorsteht.

Der Fall Matteotti.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)
Rom, 17. Juni. Wie vorausgesehen war, wächst sich die Affäre Matteotti immer mehr zu einer politischen Krise ersten Ranges aus. Auf Anregung einiger Minister hat heute das gesamte Kabinett Mussolini die Portefeuilles zur Verfügung gestellt. Mussolini steht es also frei, seine Entschlüsse zu fassen. Er kann dem König die Gesamtdemission des Kabinetts unterbreiten und dann selbst ein neues Ministerium bilden; er kann aber auch innerhalb des Kabinetts die ihm notwendig erscheinenden Änderungen vorschlagen. Der Ministerrat wurde dringend auf Montag abend einberufen.
Rom, 17. Juni. Polizeipräsident Vertini ist seines Amtes enthoben worden.

Arbeits- und Wirtschaftskraft des deutschen Volkes kann eine ausreichende Erklärung finden. Es ist der grandiosste Beweis für die Intaktheit der deutschen Wirtschaft, daß man am Kriegsschluß für den Dollar kaum über 5 Mark zahlte.

So einfach liegen die Dinge nun freilich doch nicht. Immerhin ist die Verkenntung des wahren Charakters und des inneren Zusammenhanges von Staat, Wirtschaft und Politik für die deutsche Wirtschaft in den letzten Monaten überaus verhängnisvoll geworden. In England war es allezeit Grundgesetz, daß der Handel der Plage zu folgen hat. Auch bei uns war es so im ersten Jahre unserer kolonialen Ära.

Politik und Schicksal! Dieses Wort des großen Korfen ist wahr und heute eireutlicherweise von der erdrückenden Mehrheit unserer Wirtschaftsführer als richtig anerkannt. Wenn der Staat durch gewaltige Erschütterungen von innen und außen in die Brüche geht, dann ist es ein vergebliches Unterfangen, ihn durch andere soziale Institutionen erziehen zu wollen. Es gibt keine Stellvertreter für den Staat. Befindet er sich in Lebenskrise, Krisen auf Leben und Tod, dann muß mit allen Opfern der bedrohte Staat wieder hergestellt und zu neuen Lebensformen gebracht werden. Ohne starken Staat kein gesundes Leben im Staat, auch keine gesunde Wirtschaft. Das ist die große Lehre der letzten Jahre.